



# CDU

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

- Fraktion im Kreistag Heinsberg -

Newsletter

Kreis Heinsberg



## - Endspurt 2013 - Ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,

das Jahr 2013 neigt sich dem Ende zu und nach einer erfolgreichen Bundestagswahl steht schon die nächste Wahl vor der Tür, die uns hier vor Ort ganz besonders betrifft – die Kommunalwahl im Mai nächsten Jahres. So kurz vor den Feiertagen und dem Jahreswechsel wollen wir auch mit Blick darauf noch einmal die Gelegenheit nutzen und über die in der Zwischenzeit geleistete Arbeit zu berichten.

### **Thema Schulsozialarbeiter**

Zu unserem Antrag vom 03.04.2013 hatten wir bereits in der letzten Ausgabe des Newsletters ausführlich berichtet.

Die CDU-Kreistagsfraktion hatte beantragt, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 16.05.2013 beschließt, dass die bis zum 31.12.2013 befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Bereich Schulsozialarbeit - soweit arbeitsrechtlich möglich - zunächst bis zum Ende des nächsten Schuljahres (31.07.2014) fortgeführt werden; die Finanzierung sollte dabei aus bislang nicht verbrauchten Fördermitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erfolgen. Ferner solle der Kreistag an die zuständigen Fachministerien des Bundes appellieren, über den 31.12.2013 hinaus die Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes verlässlich im bisherigen Umfang zu fördern, damit die befristet eingestellten SozialarbeiterInnen ihre Arbeit in einem unbefristeten, dauerhaften Beschäftigungsverhältnis fortsetzen können. Der Antrag der CDU-Fraktion wurde in der Kreistagssitzung am 16.05.2013 einstimmig angenommen.

Völlig offen ist jedoch weiterhin, wie eine Weiterbeschäftigung finanziert werden soll. Eine ausdrückliche Zusage des Bundes fehlt hierzu; aber gerade auch das Land NRW – und Schulpolitik ist Ländersache – bietet hier keinerlei Planungssicherheit. Gleichwohl hat die SPD-Kreistagsfraktion mit Antrag vom 27.11.2013 gefordert, dass der Kreis die Schulsozialarbeit über den 31.07.2014 hinaus fortführt und entsprechende Mittel im Haushalt bereitstellt. Die finanzielle Mehrbelastung für den Kreis ist bei Kosten in einer Größenordnung in Höhe von rd. 1 Mio. € im Jahr nach unserer Auffassung aber völlig unverhältnismäßig und vom Kreis auch nicht leistbar.

Bevor die Finanzierung nicht gesichert ist, können wir jedenfalls keinen Beschluss zur Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter fassen. Wir sind also gezwungen, zunächst verbindliche Finanzierungszusagen insbesondere des Landes NRW abzuwarten.

Vorsitzender: Norbert Reyans · Kleinwehrehagen 14 · 52538 Selfkant  
1. stellv. Vors.: Erwin Dahlmans · Freihof 3 · 52538 Gangelt  
2. stellv. Vors.: Harald Schlößer · Am Liesenfeld 9a · 41812 Erkelenz

Geschäftsführer: RA Martin Kliemt · Valkenburger Str. 45 · 52525 Heinsberg  
Tel: 02452-131710 · Fax: 02452-131715 · mail: [cdu-fraktion@kreis-heinsberg.de](mailto:cdu-fraktion@kreis-heinsberg.de)  
Internet: [www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de](http://www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de)

## **Anfrage Breitbandausbau Industriegebiete**

In der Sitzung des Kreistages am 24.04.2012 wurde der Landrat auf entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion vom 28.03.2012 beauftragt, sich in Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen um einen zügigen und flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes zu bemühen.

Wir hatten bereits berichtet, dass das Unternehmen Deutsche Glasfaser als Investor gewonnen werden konnte, um den Kreis Heinsberg in mehreren Ausbaustufen bis zum Jahr 2015 flächendeckend mit dem neuen Hochleistungs- Glasfaserkabel zu versorgen. Die Umsetzungen laufen bekanntlich auf Hochtouren.

Ergänzend hierzu haben wir 07.11.2013 angefragt, inwieweit es Überlegungen/Vorschläge gibt, wie die im Kreisgebiet vorhandenen Gewerbe-/Industriegebiete in den Breitbandausbau der „Deutschen Glasfaser“ einbezogen werden können und welche Vorgehensweise zur Erreichung dieses Zieles gewählt werden sollen.

Daraufhin stellte Landrat Stephan Pusch klar, dass der Investor „Deutsche Glasfaser“ dabei sei, mit einem auf Unternehmen zugeschnittenen Geschäftsmodell ein Angebot für Unternehmen in Gewerbegebieten zu entwickeln. Damit wird der Forderung der CDU Rechnung getragen, nicht nur einen möglichst großen Ausbau für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der „Daseinsvorsorge“ zu erreichen, sondern auch für die ortsansässige Wirtschaft entsprechende Standortfaktoren zu schaffen und den Kreis somit auch in diesem Bereich zukunftsfähig zu machen.

## **Antrag Projektförderung Erlebnisraum Westzipfel**

Aufgrund der touristischen Bedeutsamkeit und der Tatsache, dass der „westlichste Punkt der BRD“ ein Alleinstellungsmerkmal des Kreises Heinsberg darstellt, hatte die CDU-Fraktion mit Antrag vom 20.09.2013 eine finanzielle Unterstützung dieses Projektes durch den Kreis Heinsberg befürwortet. Die Details des Antrages und die Begründung betreffend verweisen wir auf unsere Homepage <http://www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de/>, wo im Übrigen alle unsere politischen Initiativen im Volltext eingesehen werden können.

In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft & Tourismus am 26.11.2013 erklärten nach ergänzenden Erläuterungen durch Ausschussvorsitzenden Dahlmanns die Vertreter der CDU, der FDP und auch der Linken übereinstimmend, dass der Antrag wegen der überregionalen Bedeutung des westlichsten Punktes Deutschlands zu unterstützen sei. Die Mitglieder von SPD, Grüne und FW hatten hier jedoch noch weiteren Beratungsbedarf.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Erwin Dahlmanns (CDU) wurde letztlich Einvernehmen erzielt, vor einer Beschlussfassung über den vorliegenden Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus eine Projektdarstellung durch den Projektträger zu präsentieren. Diese wird dann im nächsten Jahr erfolgen. Wir gehen sodann von einer breiten Zustimmung in dieser Angelegenheit aus.

## **Stellungnahme zum Gutachten Förderschulen, Stichwort Inklusion**

Das Thema Inklusion ist derzeit in aller Munde. Nicht nur bei den konkret betroffenen Lehrern, Schülerinnen und Schülern und natürlich deren Eltern, sondern auch bei den politischen Entscheidungsträgern, die sich über die Umsetzung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes vor Ort Gedanken machen müssen. Die CDU-Kreistagsfraktion hat dieses Thema in ihrer letzten Fraktionssitzung erneut

intensiv und kontrovers diskutiert und sich eine Meinung gebildet, wie bei der gegebenen Faktenlage weiter verfahren werden sollte. Darüber wollen wir kurz berichten.

In der Sitzung des Kreisschulausschusses vom 04.11.2013 wurde das Gutachten zur Schulentwicklungsplanung, Entwicklung der Landschaft der Förderschulen im Kreis Heinsberg vorgestellt. Für die CDU-Fraktion hat Schulausschussmitglied und MdL Dr. Gerd Hachen im Verlaufe der Ausschussberatungen bereits deutlich auf die Probleme und zum Teil auch Widersprüchlichkeiten so mancher Empfehlungen des Gutachtens hingewiesen.

Um den Rahmen bei diesem hochkomplexen Thema nicht zu sprengen, erlauben wir uns auch diesbezüglich auf unsere o. g. Homepage zu verweisen. Dort haben wir eine ausführliche Stellungnahme zum Thema zum Download bereitgestellt.

Festzuhalten bleibt jedenfalls Folgendes: Die CDU-Fraktion befürwortet Inklusion, lehnt aber ein „Hau-Ruck-Verfahren“ zur Umsetzung ab. Die Risiken des weiteren Ausbaus liegen nach unserer Auffassung in dem notwendigen Erhalt von Qualität im Prozess, in der Notwendigkeit, Überforderung und Demotivierung von Lehrern zu vermeiden und auch darin, den Prozess bezahlbar zu gestalten. Bei all diesen Aspekten gibt die Landesregierung keine Antworten und keine Hilfe, nicht einmal bei der Frage der notwendigen neuen Lehrpläne für inklusives Lernen.

Vom Land erwarten wir klare Qualitätskriterien und die Übernahme der zusätzlich entstehenden Kosten. Eine unverantwortliche weitere Mehrbelastung der Lehrer und ein weiterer Abbau von Ausbildungsqualität für Schüler mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf lehnen wir ab.

Im Ergebnis wurden daher die Empfehlungen des Gutachters nicht lediglich zur Kenntnis genommen, sondern der Ausschuss hat sich auf Anregung von Dr. Gerd Hachen ausdrücklich vorbehalten, darüber politisch zu diskutieren und entscheiden zu wollen. Das Gutachten wurde somit als Grundlage für die weiteren Beratungen zur Kenntnis genommen, nicht jedoch die Schlussfolgerungen des Gutachters. Die Verwaltung wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit der unteren Schulaufsicht und den übrigen Trägern von Förderschulen im Kreis Heinsberg konkrete Umsetzungsvorschläge auf der Grundlage des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes NRW zu erarbeiten und vor einer Realisierung dem Schulausschuss vorzulegen.

Wir nehmen die Sorgen und Nöte der Menschen in unserem Kreis ernst. Wir werden den Prozess hier weiter intensiv begleiten und über den Sachstand zu diesem wichtigen Thema berichten.

## **Förderung Straßenbau**

Wie jüngst der Lokalpresse zu entnehmen war, kündigte die Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt & Verkehr am 19.11.2013 an, dass insgesamt davon auszugehen sei, dass die Fördermittel des Landes im Bereich der kommunalen Straßenbaumaßnahmen rückläufig sein werden. Wegen der reduzierten Landesmittel könne auch ein Zeitpunkt für eine jeweilige Realisierung derzeit nicht verbindlich genannt werden.

Insbesondere kann daher auch kein verbindlicher Termin für die Förderung des ersten Abschnitts der EK3 – südöstliche Ortsumgehung von Birgden – genannt werden. Gleiches gilt für den Neubau der EK13/EK17 als Ortsumgehung von Gangelt. Für beide Vorhaben kann mit einem Förderungsbeginn nicht mehr vor 2016 gerechnet werden. Der Bau wird sich also entsprechend verzögern.

Für die CDU-Fraktion stellte Erwin Dahlmanns in der Sitzung des Fachausschusses klar, dass die Straßenbauvorhaben, die im Zusammenhang mit dem Neubau der B56n stehen, von ganz besonderer

Bedeutung sind. Die Menschen vor Ort sind hier dringend auf die nötigen Entlastungen angewiesen. Eine Realisierung müsse daher so schnell wie möglich erfolgen.

Es ist schlichtweg nicht hinnehmbar, dass die Landesmittel hier einfach gekürzt werden. Bei den seinerzeitigen Planungen zur B56n waren diese Umgehungen mit als Grundlage einkalkuliert; es besteht also ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Projekten. Dieser kann jetzt nicht einfach ignoriert werden. Die Verwaltung wurde daher aufgefordert, sich beim Land NRW nachhaltig für den Bau der Umgehungen einzusetzen.

## **Kreishaushalt 2014**

Wie zu jedem Jahresende so brennt den Verantwortlichen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden auch in diesem Jahr das Thema Kommunalfinanzen und nicht zuletzt in dem Zusammenhang das Thema Kreisumlage unter den Nägeln.

Bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 09.12.2013 teilte die Verwaltung mit, dass entgegen den bisherigen Planungen der Hebesatz der LVR-Umlage bei 16,5 und nicht wie ursprünglich angenommen bei 16,35% liegt. Dies bedeutet für den Kreis eine Mehrbelastung in Höhe von rd. 471 T€, was zu einer entsprechenden Erhöhung des Kreisumlagebedarfs führt. Dieser liegt somit bei 112,473 Mio. €.

Eine leichte Erhöhung zwar; die Kreisumlage bleibt aber im Vergleich zu den Vorjahresansätzen weitestgehend stabil. Der Kreis erweist sich also einmal mehr als ein verlässlicher Partner seiner angehörigen Städte und Gemeinden.

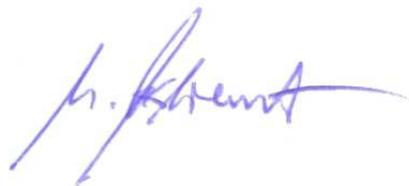
Wir hoffen Ihnen einen aufschlussreichen Überblick unsere aktuelle Arbeit betreffend gegeben zu haben. Detailinformationen erhalten Sie wie immer auf unserer fraktionseigenen homepage unter <http://www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de/>.

Wir wünschen Ihnen allen besinnliche und erholsame Weihnachtstage und alles Gute für das kommende Jahr 2014!!!

mit freundlichen Grüßen



Norbert Reyans  
Fraktionsvorsitzender



Martin Kliemt  
Geschäftsführer